

zusätzliches Mitglied

Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	entschuldigt
Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	nicht entschuldigt

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Adelheid Bode	Beirat für Menschen mit Behinderungen	entschuldigt
Herr Carsten Linke	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Stefan Matz	DIE LINKE	nicht entschuldigt
Herr Dr. Gert Zöllner	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt

Gäste

Herr Thomas Schenke	(Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) zu TOP 3.1, 3.4
Frau Nicole Prestin	(Bereich öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, Abfallentsorgung) zu TOP 3.2
Herr Erik Wolfram	(Bereich Stadtentwicklung) zu TOP 3.3
Frau Rosmarie Nunn	(Anwohnerin) Rederecht zu TOP 3.4
Frau Johanna Vetter	(Anwohnerin Potsdam West) Rederecht zu TOP 3.4
Herr Reik Becker	(Bereich Verkehr und Technik) zu TOP 3.5, 3.6
Herr Harald Kümmel	(Planungsbüro) zu TOP 3.7
Frau Cordine Lippert	(Koordinierungsstelle Klimaschutz) zu TOP 3.8

Schriftführer/in:

Frau Anhoff

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.2.2019 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Kinderarbeitsfreie Grabsteine
Vorlage: 19/SVV/0155
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 3.2 Bioabfallvergärungsanlage in Potsdam
Vorlage: 19/SVV/0157
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.3 Einen dezentralen Wertstoffhof im Potsdamer Norden errichten
Vorlage: 19/SVV/0164
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV, KOUL (ff)
- 3.4 Öffentlicher Grillplatz auf der Grünfläche an der Fähre nach Hermannswerder
Vorlage: 19/SVV/0165
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.5 Optimierung der Fußgänger Lichtsignalanlage an der Potsdamer Straße
-Rückertstraße-Hugstraße
Vorlage: 19/SVV/0171
Einreicher: Fraktion CDU/ANW
SBV, KOUL (ff)
- 3.6 Optimierung Fußgänger-Lichtsignalanlage Drewitzer Straße - Friedrich-Wolf-
Straße
Vorlage: 19/SVV/0172
Einreicher: Fraktion CDU/ANW
SBV, KOUL (ff)
- 3.7 Schulstandort Waldstadt-Süd
Vorlage: 19/SVV/0193
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
Äa Fraktion AfD
SBV (ff)
- 3.8 Klimapreisverleihung kindgerechter gestalten
Vorlage: 19/SVV/0200
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.9 Jährliche Berichterstattung zur Umsetzung des Beschlusses DS 16/SVV/0319
"CO2-neutrale Druckerzeugnisse"
Vorlage: 19/SVV/0106
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Verwaltungsmanagement
(Mitteilungsvorlage)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Stolpe, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.2.2019 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 21.2.2019 gibt es keine Einwände. Sie wird einstimmig bestätigt.

Zur Tagesordnung ergeht die Bitte, den Tagesordnungspunkt 3.4 „Öffentliche Grillplätze auf der Grünfläche an der Fähre nach Hermannswerder“ vorzuziehen und zu Beginn der Sitzung zu behandeln.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Anträge auf Rederecht liegen vor zum Tagesordnungspunkt 3.4 „Öffentlicher Grillplatz auf der Grünfläche an der Fähre nach Hermannswerder“ von

- Frau Rosmarie Nunn als betroffene Anwohnerin
- Frau Johanna Vetter (Anwohnerin Potsdam West)

Die Rederechte werden einstimmig gewährt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

**zu 3.4 Öffentlicher Grillplatz auf der Grünfläche an der Fähre nach
Hermannswerder
Vorlage: 19/SVV/0165**

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Walter bringt den Antrag ein und verweist auf das noch folgende Rederecht von Frau Vetter.

Zunächst nimmt Frau Nunn ihr Rederecht wahr. Sie verweist auf ihre umfangreiche schriftliche Ausarbeitung sowie Fotomaterial, das den Mitgliedern im Vorfeld der Sitzung zugegangen ist. Als direkte Anwohnerin ist sie bereits jetzt von regelmäßiger Ruhestörung, vor allem in den Nachtstunden, betroffen. Sie spricht sich gegen die geforderte Errichtung eines Grillplatzes aus, auch aus Sorge, die Zustände vor Ort zu verschärfen. Für die Anwohner gebe es Grillplätze im Innenhof; ein zusätzlicher sei nicht nötig. Neben denkmalschutzrechtlichen Bedenken ist es vor allem die nächtliche Ruhestörung (Partylärm), die den Anwohnern in hohem Maße zu schaffen macht. Schlaf sei dann nicht mehr möglich. Sie bittet, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Frau Vetter (Anwohnerin Potsdam West) nimmt ihr Rederecht wahr. Sie verweist auf ihre Rede aus der Stadtverordnetenversammlung vom 6.3.2019 und möchte

hier auf ihre Vorrednerin eingehen. Sie sieht in der Errichtung eines Grillplatzes eine gute Alternative zu einem Verbot. Der dafür vorgesehene Platz sei ausreichend weit von den Anwohnern entfernt. Frau Vetter setzt sich für ein verstärktes Miteinander der potentiellen Grillplatznutzer und der Anwohner ein – Kommunikation sei hier der entscheidende Schlüssel. Nutzer seien nicht nur störende Jugendliche, sondern auch Familien. Sie bittet um Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

Herr Walter bezieht sich auf die Rede von Frau Nunn und verwarft sich explizit gegen ihre Anmerkung, mit der sie die Grüne Jugend als „Holzkohleverbrenner“ und Zerstörer des tropischen Regenwaldes darstellt.

Er weist darauf hin, dass der Nutzungsdruck solcher Flächen im Stadtgebiet zunehmen wird. Dem müsse Rechnung getragen werden. Auch er plädiert für ein Aufeinanderzugehen der Parteien und mehr Kommunikation.

Herr Wohlfahrt spricht sich ebenfalls für mehr Miteinander aus. Er empfiehlt, sich mit den Anwohnern zusammzusetzen und beispielsweise das Stadtteilnetzwerk Potsdam West mit einzubeziehen. Auch er beklagt fehlende Freiräume im Stadtgebiet. Das Bedürfnis nach Freiraum und Begegnung dürfe nicht ignoriert werden.

Frau Lentz spricht sich gegen die Errichtung eines Grillplatzes aus. Sie bezweifelt, dass dieser in einer verträglichen Weise genutzt werden würde. Ihrer Erfahrung nach (siehe Volkspark) wird die Nutzung für die Allgemeinheit nicht möglich sein, da solche Plätze in der Regel durch eine bestimmte Klientel vereinnahmt werden.

Herr Rietz schließt sich den Ausführungen von Frau Lentz an. Er befürchtet zudem, dass sich die Nutzung nicht auf die dafür vorgesehene Fläche beschränken wird und damit die umliegenden denkmalgeschützten Güter gefährdet seien.

Herr Henning erkundigt sich nach der Erfahrung der Verwaltung bezüglich der Grillplätze im Volkspark. Seiner eigenen Erfahrung nach war die Nutzung dort stets kooperativ, auch im Hinblick auf die Müllentsorgung. Er sieht das Problem an diesem Standort vielmehr im Verlust von Fläche auf dem Gelände des Luftschiffhafens. Die Stadt müsse grundsätzlich entsprechende Angebote für die Einwohnerschaft schaffen.

Herr Jäkel schließt sich dem von einigen Mitgliedern angesprochenen Bedenken hinsichtlich der Müllbeseitigung an. Solange vor Ort eine persönliche Verantwortlichkeit besteht sei dies kein Problem, falle diese weg, kümmert sich erfahrungsgemäß niemand. Er verweist auf die Stellungnahme der Wohnungsbaugenossenschaft (WBG) Potsdam-West eG (die den Mitgliedern vorliegt), die sich ebenfalls gegen die Errichtung eines Grillplatzes ausspricht. Herr Jäkel verweist auf vorhandene Grillmöglichkeiten im Stadtgebiet. Dies solle stärker gegenüber der Bevölkerung kommuniziert werden. Er benennt u.a. den Volkspark mit verschiedenen Möglichkeiten sowie den Jugendclub in der

Kastanienallee.

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) erklärt, dass in Potsdam kein generelles Grillverbot besteht. Auch er verweist auf ausgewiesene abgeschlossene Grillplätze (siehe Volkspark). Auch in der Nähe des Schillerplatzes gibt es Alternativen. Die Verwaltung spricht sich gegen den Antrag aus.

Auf Nachfragen und Anmerkungen der Mitglieder geht Herr Schenke ein.

Die Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, statt eines Grillverbots einen Grillplatz auf der Grünfläche an der Fähre nach Hermannswerder einzurichten. Auf der Grünfläche zwischen Wielandstraße und Havel besteht seit einiger Zeit ein ausgeschildertes Grillverbot. Da die Wiese für alle Altersgruppen ein beliebter Ort der Naherholung und Freizeitgestaltung ist, soll den Anwohner*innen und Gästen ein Grillplatz bereitgestellt werden, um die Grünfläche weiterhin für die gemeinschaftliche Nutzung attraktiv zu machen. Dieser Grillplatz sollte den Sicherheitsvorschriften entsprechen, Möglichkeiten der nachhaltigen Abfallentsorgung (Mülltrennung) bieten und eine Erläuterung über Nutzungsbestimmungen aufweisen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	2

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

zu 3.1 Kinderarbeitsfreie Grabsteine

Vorlage: 19/SVV/0155

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Walter bringt den Antrag ein und bittet um die Einschätzung der Verwaltung.

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) teilt mit, dass die Verwaltung das Anliegen unterstützt. Die Frage sei nun, wie es umzusetzen ist. Mit den betreffenden Stellen sei bereits Kontakt aufgenommen worden. Die Verwaltung hat die Zusage, dass eine entsprechende Zertifizierung beigebracht werden kann. Das Ortsrecht solle jedoch vorerst nicht geändert werden. Dies könne noch nachgeholt werden, wenn das Anliegen auf freiwilliger Basis nicht umsetzbar ist.

Herr Henning sieht die Zertifizierung kritisch, da sie nachgewiesenermaßen nicht möglich sei.

Auch Frau Wollenberg hat diesbezügliche Bedenken. Sie verweist auf Großhändler, die ihre Ware von Zwischenhändlern beziehen. Eine wie hier geforderte Zertifizierung sei nicht möglich.

Herr Rubelt gibt an, dass entsprechende Zertifikate durchaus vertrauensvoll sind.

Herr Jäkel stellt den Änderungsantrag, den zweiten Absatz des Antrages wie folgt zu ändern:

„Der Bürgermeister wird beauftragt, bis zum 3. Quartal 2019 einen Vorschlag zu unterbreiten, wie **dieses Anliegen umgesetzt werden kann.**“ Der nachfolgende Text des zweiten Absatzes ist zu streichen.

Die Vorsitzende stellt den Änderungsantrag zur Abstimmung.

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, dass zukünftig auf Friedhöfen der Landeshauptstadt Potsdam nur noch diejenigen Grabsteine und Grabeinfassungen aus Naturstein aufgestellt werden dürfen, die nachweislich ohne den Einsatz von Kinderarbeit hergestellt worden sind.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, bis zum 3. Quartal 2019 einen Vorschlag zu unterbreiten, wie dieses Anliegen umgesetzt werden kann.

Abstimmungsergebnis: mit 3:2:1 **angenommen.**

Die Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, dass zukünftig auf Friedhöfen der Landeshauptstadt Potsdam nur noch diejenigen Grabsteine und Grabeinfassungen aus Naturstein aufgestellt werden dürfen, die nachweislich ohne den Einsatz von Kinderarbeit hergestellt worden sind.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, bis zum 3. Quartal 2019 einen Vorschlag zu unterbreiten, wie **dieses Anliegen umgesetzt werden kann.**~~eine entsprechende Regelung im Ortsrecht umgesetzt werden kann. Diese Regelung soll die entsprechenden Vorschriften in §34 des Brandenburgischen Bestattungsgesetzes in seiner Änderung vom 19.09.2018 aufgreifen. Der Vorschlag soll auch Übergangsfristen enthalten, sodass Steinmetze vorhandenes Material verarbeiten können.~~

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 3.2 Bioabfallvergärungsanlage in Potsdam
Vorlage: 19/SVV/0157
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Walter bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Frau Prestin (Bereich öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, Abfallentsorgung) erklärt, dass eine entsprechende Ausschreibung läuft. Allerdings plane nicht die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) die Anlage, sondern die Stadtentsorgung Potsdam GmbH (STEP). Deswegen könne sie zum Standort keine Aussage machen. Zudem fehle es in Potsdam an entsprechenden Lagerkapazitäten. Sie verweist auf die Kleine Anfrage aus dem Jahr 2016 „Bioabfallvergärungsanlage für die LHP“ (DS 16/SVV/0175), in deren Beantwortung eine entsprechende Darstellung bereits vorgenommen wurde.

Herr Walter erkundigt sich, ob es gegenwärtig Verhandlungen der STEP mit den Landkreisen in dieser Angelegenheit gibt. Ziel des Antrags sei eine gemeinsame Anlage.

Herr Jäkel weist darauf hin, dass bei der STEP entsprechende Gespräche laufen. Ein Ergebnis sei jedoch nicht im nächsten halben Jahr zu erwarten.

Herr Wohlfahrt hält das Anliegen für eine nachhaltige Stadtentwicklung für richtig und wichtig.

Die Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die bisherigen Planungen und den Bau einer Bioabfallvergärungsanlage mit nachgeschalteter Kompostierung der Stadtentsorgung Potsdam GmbH (STEP) gemeinsam mit den umliegenden Landkreisen wieder aufzunehmen und fortzuführen (s. Anlage, STEP 2020).

In den Planungen ist auch die künftige Versorgung des Entwicklungsgebietes Krampnitz mit zu berücksichtigen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Mai 2019 über einen ersten Zwischenstand zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	3

zu 3.3 Einen dezentralen Wertstoffhof im Potsdamer Norden errichten
Vorlage: 19/SVV/0164

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV, KOUL (ff)

Herr Walter bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) informiert, dass neben den beiden benannten Standorten Krampnitz und Nedlitz noch weitere Standorte möglich sind. Eine strukturierte Untersuchung dazu gab es bisher nicht, diese erscheint jedoch bis Ende 2019 möglich. In Abstimmung mit dem Bereich öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, Abfallentsorgung müssen dazu zunächst die Suchkriterien definiert werden. Ob für die Errichtung eines Wertstoffhofes die benannten „planerischen Voraussetzungen“ zu schaffen sind und welche das wären, hängt vom Standort ab.

Auch geklärt werden sollte, ob der Wertstoffhof durch die Landeshauptstadt Potsdam oder die Stadtentsorgung Potsdam GmbH (STEP) umzusetzen wäre. Davon hängt ab, wie der zweite Teil des Antrages (Engagement in der Eigentümerversammlung der STEP für das Vorhaben) ausgestaltet werden müsste.

Daher wird von der Verwaltung vorgeschlagen, den Antrag wie folgt zu ändern:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mögliche Standorte für einen dezentralen Wertstoffhof im Potsdamer Norden zu untersuchen und das Ergebnis der Stadtverordnetenversammlung bis zum Dezember 2019 vorzulegen.“

Herr Walter übernimmt für den Antragsteller den Änderungsantrag der Verwaltung.

Die Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **mögliche Standorte** für die Errichtung eines dezentralen Wertstoffhofes im Potsdamer Norden **zu untersuchen und das Ergebnis der Stadtverordnetenversammlung bis zum Dezember 2019 vorzulegen.**~~die planerischen Voraussetzungen zu schaffen und sich als Vertreter der Landeshauptstadt in der Eigentümerversammlung der Stadtentsorgung Potsdam (STEP) für die Umsetzung dieses Projektes einzusetzen.~~

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

**zu 3.5 Optimierung der Fußgänger Lichtsignalanlage an der Potsdamer Straße
-Rückertstraße-Hugstraße**

Vorlage: 19/SVV/0171

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

SBV, KOUL (ff)

Herr Rietz bringt den Antrag ein und bittet um Mitteilung des Sachstandes durch die Verwaltung.

Herr Becker (Bereich Verkehr und Technik) teilt mit, dass die in Rede stehende Fußgängerlichtsignalanlage seit Jahren unter besonderer Beobachtung der Verwaltung steht. Seit Inbetriebnahme wurden, auch aufgrund von Bürgerhinweisen, diverse Maßnahmen zur Anpassung vorgenommen, sodass hier kein Unfallschwerpunkt vorliegt.

Eine Verbesserung der Verkehrssituation ist nur noch durch einen Umbau des Knotenpunktes zu erzielen. Entsprechende Planungen sind ausgelöst. Für die Haushaltsplanung ab 2020 wurden für diese Maßnahme im investiven Haushalt finanzielle Mittel durch den Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen angemeldet.

Herr Rietz erklärt den Antrag für den Antragsteller als durch Verwaltungshandeln erledigt.

zu 3.6 Optimierung Fußgänger-Lichtsignalanlage Drewitzer Straße - Friedrich-Wolf-Straße

Vorlage: 19/SVV/0172

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

SBV, KOUL (ff)

Herr Rietz bringt den Antrag ein und bittet um Mitteilung des Sachstandes durch die Verwaltung.

Herr Becker (Bereich Verkehr und Technik) informiert, dass die Signale an dieser Stelle für die ausfahrenden Fahrzeuge aus der Friedrich-Wolf-Straße besser sichtbar installiert worden sind und keine Gefahren mehr bestehen, die ein weiteres Handeln erfordern.

Herr Rietz erklärt den Antrag für den Antragsteller als durch Verwaltungshandeln erledigt.

zu 3.7 Schulstandort Waldstadt-Süd

Vorlage: 19/SVV/0193

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Äa Fraktion AfD

SBV (ff)

Herr Jäkel bringt den Antrag ein und begründet ihn. Er bittet um Zustimmung.

Herr Kümmel (Planungsbüro) geht anhand einer Präsentation, die diesem

Protokoll anliegt, auf die Bedarfe der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) ein. Aufgrund der veränderten Sachlage (Nutzung des Landschaftsschutzgebietes [LSG] im Wege der Zustimmung durch das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft [MLUL] nicht in Aussicht gestellt) muss die vorhandene Planung geändert werden.

Bezüglich des Biotopes führt er aus, dass dieses nicht betroffen sei. Es liegt außerhalb des Plangebietes.

Zum Ausweichstandort der Kulturbodendeponie teilt Herr Kümmel mit, dass die Prüfung dieser Fläche noch am Anfang steht und noch viele Untersuchungen nötig seien. Schon aus diesem, zunächst zeitlichen, Grund steht dieser Standort als Ausweichfläche nicht zur Verfügung. Des Weiteren müsse erst geprüft werden, welches Baufeld hier überhaupt möglich sei. Dazu kommen Eigentumsverhältnisse, die der Klärung bedürfen.

Herr Kümmel verweist auf den geänderten Beschluss aus dem Ausschuss für Bildung und Sport vom 19.3.2019, den er als Änderungsvorschlag einbringt:

„Um die geplante Entwicklung des Schulstandortes Waldstadt Süd unter der Voraussetzung weiterführen zu können, dass das Landschaftsschutzgebiet nicht einbezogen werden muss, wird der Oberbürgermeister beauftragt zu prüfen, ob für die vorgesehene Entwicklung von Sportflächen andere Flächen (zum Beispiel Kulturbodendeponie) in Anspruch genommen werden können. Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sowie dem Ausschuss für Bildung und Sport ist am 30.04.2019 ein Zwischenbericht zu geben.“

Herr Jäkel kann mit dem Änderungsvorschlag mitgehen.

Herr Walter moniert, dass bei dem neuen Szenario wesentlich weniger Wald erhalten bleibt als bei den bisherigen Planungen.

Auf diese und eine weitere Nachfrage von Herrn Walter zur Kulturbodendeponie sowie weitere Anmerkungen der Mitglieder geht Herr Kümmel ein. Auf die Erkundigung von Herrn Henning bezüglich der Schulsportplätze informiert er, dass ein Großspielfeld keine Voraussetzung für den Schulsport ist.

Herr Rietz stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den durch Herrn Kümmel eingebrachten geänderten Antrag aus dem Ausschuss für Bildung und Sport vom 19.3.2019 abzustimmen zu lassen.

Für und gegen den Geschäftsordnungsantrag spricht niemand.

Abstimmungsergebnis: mit 4:2:0 angenommen.

Die Vorsitzende stellt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion vom 5.3.2019 (zu dessen Einbringung niemand anwesend ist) zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt.

Die Vorsitzende stellt den geänderten Antrag aus dem Ausschuss für Bildung und Sport vom 19.3.2019 zur Abstimmung.

Um die geplante Entwicklung des Schulstandortes Waldstadt Süd unter der Voraussetzung weiterführen zu können, dass das Landschaftsschutzgebiet nicht einbezogen werden muss, wird der Oberbürgermeister beauftragt zu prüfen, ob für die vorgesehene Entwicklung von Sportflächen andere Flächen (zum Beispiel Kulturbodendeponie) in Anspruch genommen werden können. Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sowie dem Ausschuss für Bildung und Sport ist am 30.04.2019 ein Zwischenbericht zu geben.

Abstimmungsergebnis: mit 5:1:0 angenommen.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

~~Die geplante Entwicklung des Schulstandortes Waldstadt Süd soll unter der Voraussetzung weitergeführt werden, dass das Landschaftsschutzgebiet nicht einbezogen werden muss. Für die vorgesehene Entwicklung von Sportflächen sollen andere Flächen (zum Beispiel Kulturbodendeponie) in Anspruch genommen werden.~~

Um die geplante Entwicklung des Schulstandortes Waldstadt Süd unter der Voraussetzung weiterführen zu können, dass das Landschaftsschutzgebiet nicht einbezogen werden muss, wird der Oberbürgermeister beauftragt zu prüfen, ob für die vorgesehene Entwicklung von Sportflächen andere Flächen (zum Beispiel Kulturbodendeponie) in Anspruch genommen werden können.

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sowie dem Ausschuss für Bildung und Sport ist am 30.04.2019 ein Zwischenbericht zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

zu 3.8 Klimapreisverleihung kindgerechter gestalten

Vorlage: 19/SVV/0200

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Walter bringt den Antrag ein und erläutert das Anliegen. Beispielsweise sei gegebenenfalls die Teilung der Preisverleihung ein sinnvoller Weg.

Frau Lippert (Koordinierungsstelle Klimaschutz) kann eine Trennung in einen „Erwachsenenteil“ und einen Teil für Kinder nicht befürworten. Die Klimapreisverleihung sei ein Familienfest. Die Veranstaltungen bisher seien sehr gut angenommen worden. Nichtsdestotrotz befindet sich das Konzept zur Klimapreisverleihung aktuell in Überarbeitung. Dies ist auch Grund dafür, dass die diesjährige Preisverleihung auf dem Umweltfest am 22.9. stattfinden soll.

Herr Walter erklärt den Antrag für durch Verwaltungshandeln erledigt, bittet aber darum, nach der Anwendung des neuen Konzeptes bzw. nach der diesjährigen Verleihung auf dem Umweltfest eine entsprechende Einschätzung durch die Verwaltung zu erhalten.

zu 3.9 **Jährliche Berichterstattung zur Umsetzung des Beschlusses DS 16/SVV/0319 "CO2-neutrale Druckerzeugnisse"**

Vorlage: 19/SVV/0106

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Verwaltungsmanagement
(Mitteilungsvorlage)

Eine Vertretung durch die Verwaltung ist aufgrund paralleler Termine nicht möglich. Es ergeht das Angebot, Fragen aufzunehmen und diese im Nachgang schriftlich zu beantworten.

Herr Walter hat drei Fragen, die er durch die Verwaltung beantwortet haben möchte:

Bezugnehmend auf die digitalen Druckverfahren in der Hausdruckerei ist ihm die Formulierung zu unkonkret. Zwar „soll der Anteil der digitalen Druckverfahren erhöht und die Herstellung von Druckerzeugnissen über herkömmliche Druckverfahren minimiert werden“, Herrn Walter fehlen hierzu jedoch konkrete Zahlen. Wie hoch sind die Anteile und wann ist der Vorgang CO₂-frei?

Auch zum Thema der Beauftragung externer Unternehmen fehlt ihm Zahlenmaterial. Hier ist lediglich von Anteilen an Druckaufträgen die Rede (sowohl durch die Druckerei als auch durch die Fachbereiche). Er bittet auch hier um Konkretisierung durch entsprechende Zahlen.

Schließlich stellt er fest, im Haus bis jetzt noch kein Druckerzeugnis (Broschüren, Flyer) gesehen zu haben, das CO₂-frei zertifiziert ist. Er bittet hierzu um Stellungnahme.

Die Fragen bzw. Anmerkungen werden dem zuständigen Fachbereich mit der Bitte um Beantwortung und Stellungnahme übermittelt und den Mitgliedern im Nachgang zur Sitzung zur Verfügung gestellt.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage DS 19/SVV/0106 zur Kenntnis.

zu 4 **Mitteilungen der Verwaltung**

Keine.

zu 5 **Sonstiges**

Nichts.

Anne Stolpe
Ausschussvorsitzende

Franziska Anhoff
Niederschrift